



Nr. 33

Februar 2018

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung**TOP-Thema: Antisemitismus**

Berlin, 2017: antisemitische Übergriffe an Schulen, antisemitische Beschimpfungen im öffentlichen Raum, empörte Demonstrant_innen verbrennen jüdische Symbole und attackieren in Sprechchören den Staat Israel. Antisemitismus ist ein Problem in Berlin.

Der Berliner Senat und die Landesantidiskriminierungsstelle reagiert auf dieses Problem mit einer Strategie die auf Sichtbarmachung, Ächtung, inhaltliche Auseinandersetzung und Nachhaltigkeit setzt:

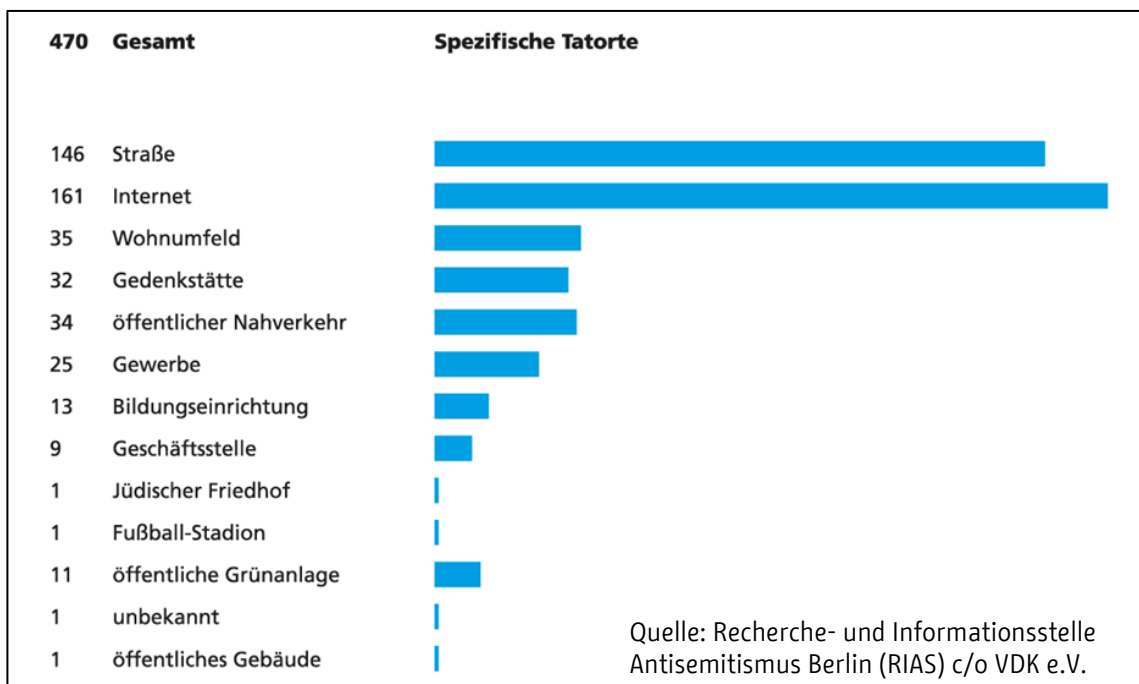
Antisemitismus wird, mit Blick auf antijüdische Pogrome bereits im Mittelalter, auch als „älteste Ressentiment der Geschichte“ bezeichnet. Es ist also unwahrscheinlich, dass sich das Problem bald erübrigt. Umso wichtiger erscheint eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus, die auf Dauer angelegt ist. Nur eine kontinuierliche Präventionsarbeit kann auf den Erfahrungen vergangener Problembearbeitung aufbauen, misslungene oder gelungene Ansätze identifizieren und diese in den Alltag von Institutionen und Nachbarschaften einspeisen. Mit dem Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist dieser kontinuierliche Rahmen gegeben. Bereits seit einigen Jahren setzt der Berliner Senat mit seinem Landesprogramm auf den Aufbau dauerhafter Expertise in Vereinen und Bildungseinrichtungen. Diverse Träger haben in Berlin ein für Deutschland einzigartiges Labor für Präventionsansätze aufgebaut, so dass das Land Berlin heute als „Kompetenzzentrum mit bundesweiter Ausstrahlung im Handlungsfeld »Antisemitismus«“ gilt (Zitat aus „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, 2017, S. 242).

Die Förderung im Landesprogramm verfolgt dabei eine strategische Zielsetzung, die sich auf vier Aspekte zuspitzen lässt:

- Antisemitismus sichtbar machen (zivilgesellschaftliches Monitoring durch das Projekt RIAS und die Registerstellen in den Berliner Bezirken).
- Kompetenzen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus stärken (diverse Bildungsprojekte, insbesondere für Schulen + Angebote der Mobilen Beratung)
- Von Antisemitismus betroffene Personen unterstützen (Angebote der Opfer- und Antidiskriminierungsberatung)
- Antisemitismus in jeder Form öffentlich ächten (z.B. mit dem Personenbündnis „Berliner Ratschlag für Demokratie“).

Die Existenz einer facettenreichen Berliner Präventionslandschaft ist indessen kein Grund sich zufrieden zurückzulehnen. Zu groß sind die Herausforderungen.

Im Jahr 2016 erfasste die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) 470 antisemitische Vorfälle in Berlin. Dies macht deutlich, dass es jenseits der medialen Berichterstattung über besonders schwerwiegende Vorfälle auch einen antisemitischen Alltag gibt. Bei näherer Betrachtung wird deutlich: die Zielgenauigkeit und Breite der Maßnahmen und auch die Reichweite der gesellschaftlichen Ächtung muss noch verbessert werden.



Ein Innehalten in der Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention ist also keineswegs angezeigt. Aus diesem Grund wird der Berliner Senat die Antisemitismusprävention weiter stärken:

- Mit dem neuen Landeshaushalt wird die Antisemitismusprävention ausgeweitet. Für den schulischen Bereich wird eine Praxisstelle geschaffen. Auch Fortbildungs- und Workshopangebote werden ausgebaut. Spezifische Maßnahmen sollen sich gegen Hass in Sozialen Netzwerken richten.
- Die Präventionsprojekte im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden in den kommenden beiden Jahren evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluation sollen die Weiterentwicklung der Maßnahmen unterstützen und ihre Zielgenauigkeit untersuchen.
- Ein Arbeitskreis bei der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales arbeitet an der Weiterentwicklung der Berliner Antisemitismusprävention.
- Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung wird nach der Auswertung der Ergebnisse des o.g. Arbeitskreises den Bedarf an der Einsetzung eines Berliner Expertinn_enkreises, äquivalent zum Expertenkreis des Dt. Bundestages prüfen.

Wie auch immer die Präventionsarbeit in den kommenden Jahren ausgestaltet und weiterentwickelt wird: Die jüdische Perspektive muss dabei maßgebend sein. Jüdinnen und Juden „leben in einer Gesellschaft, in der sie permanent mit anisemitischem Hass und Vorurteil konfrontiert sind“ schreibt Anetta Kahane im empfehlenswerten „Lagebild Antisemitismus“¹ der Amadeu Antonio Stiftung. „Sie sind deshalb häufig gezwungen, ihr Jüdischsein in der Öffentlichkeit zu verbergen.“ Das ist die Realität. Auch in Berlin. Diese Realität wahrzunehmen und schließlich Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem anzunehmen ist der Ausgangspunkt einer Präventionsstrategie.

Berlin ist die Stadt in der die Vernichtung der europäischen Juden geplant und befohlen wurde. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus muss deswegen als selbstverständlicher Bestandteil der Berliner Stadtkultur verstanden werden. Die LADS sieht sich in der Verantwortung ihren Beitrag zu einer solchen Auseinandersetzungskultur zu leisten und ist auch weiterhin eine Ansprechstelle, für alle die daran mitwirken wollen.

Tipp: Das Onlineportal www.demokratie-vielfalt-respekt.de bietet unter dem Reiter „Präventionsangebote“ einen Überblick über die Workshop- und Fortbildungsangebote zu Antisemitismus im Land Berlin.

¹ Der Link zum „Lagebild Antisemitismus 2016/17“ der Amadeu Antonio Stiftung: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aktionswochen/lagebild-deutschland-internet.pdf>

LADS im Gespräch mit Marina Chernivsky

Marina Chernivsky ist Leiterin des Kompetenzzentrums ZWST e.V., Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment.

Mein Tag ist gelungen, wenn ich neben dem vollen Zeitplan trotzdem Raum finde für einen ruhigen Moment. Großteil meiner Arbeit ist begleitet von Kommunikationsprozessen, die in unserem Handlungsfeld immer dringlicher und komplexer werden. Ein kurzweiliges Innehalten schafft Möglichkeiten für einen „zweiten“ Blick und öffnet neue Perspektiven auf eingespielte Arbeitsabläufe.

Mich beschäftigen im Moment die aktuelle gesellschaftspolitische Situation und der Zuwachs an antisemitischen wie auch rassistischen Stimmungen und Tendenzen sehr. Im Kompetenzzentrum sind wir immer mehr damit befasst, auf komplexer werdende soziale Beziehungen schnell zu reagieren und die zum Teil neu entstehenden Bedarfe an Bildung und Beratung in wirksame (pädagogische) Formate einzugießen.

Seit vielen Jahren entwickeln wir pädagogische Ansätze, die der Wirkungsgeschichte des NS sowie Herausforderungen der Gegenwartsgesellschaft Rechnung tragen. Wir bilden Fachkräfte fort- und weiter und unterstützen sie in ihren Bemühungen im inneren ihrer Organisationen nachhaltige Veränderungen herbeizuführen. Im 2015 gegründeten Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST), setzen wir zunehmend auch auf Empowerment und Community-Arbeit. Im Zuge sich häufender antisemitischer Vorkommnisse haben wir im Sommer 2017 eine Interventions- und Beratungsstelle „OFEK!“ für Betroffene bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung eingerichtet, die in den letzten Wochen leider immer häufiger in Anspruch genommen wird.

Judenhass und Antisemitismus treten derzeit in verschiedenen Sozialräumen in Erscheinung. Für 2018 stehen deshalb die Weiterentwicklung von OFEK sowie Umsetzung eines neuen Bildungs- und Beratungsprojekts „ACT“ für Schulen sowie außerschulische Bildungseinrichtungen im Mittelpunkt.



Jetzt bewerben: Der Berliner Ratschlag für Demokratie ruft zur Teilnahme am Wettbewerb „Respekt gewinnt!“ auf

**RESPEKT
GEWINNT!**

Der Berliner Ratschlag für Demokratie führt jährlich den Wettbewerb „Respekt gewinnt“ durch (www.respekt-gewinnt.de). Der Fokus liegt auf Projekten und Menschen, die sich für ein demokratisches und friedliches Miteinander in unserer Stadt einsetzen. Er zeichnet engagierte Berliner*innen - ob einzeln oder als Gruppe – aus! Menschenverachtung im Alltag und die zunehmend aggressive Stimmung in den Sozialen Netzwerken ist

eine reale Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade für die plurale Stadtgesellschaft Berlins ist eine solche Entwicklung nicht hinnehmbar. Der Berliner Ratschlag sucht mutige und ermutigende, kreative und positive Antworten auf Hass und Hetze.

Als Preisgelder sind bis zu 5.000 EUR (plus zwei Sonderpreise) zu vergeben.

Die Projekte können auf der Projektplattform www.respekt-gewinnt.de hochgeladen werden.

Einsendeschluss ist der 28. Februar 2018.

LADS Schlaglichter

Fachveranstaltung „Auf nach Casablanca?“^[1]

Am 26.10.2017 fand auf Einladung der LADS im Roten Rathaus eine Veranstaltung mit rund 70 Teilnehmenden statt. Es ging um die Lebensrealitäten transgeschlechtlicher Menschen zwischen 1945 und 1990. Wie lebten transgeschlechtliche Menschen in der frühen Bundesrepublik und der DDR? Vier Referent_innen stellten die wenigen bisher vorliegenden Forschungsergebnisse vor. Filmausschnitte aus Interviews von Zeitzeug_innen gaben wichtige Einblicke: Geschlechtsangleichende Operationen waren nur auf eigene Kosten und mit hohem gesundheitlichen Risiko im Ausland möglich, z.B. bei dem Gynäkologen Georges Burou in Casablanca. Die Verknüpfung von Medizin und Recht nahm bei den Bemühungen um eine rechtliche Anerkennung, die 1980 zum sogenannten Transsexuellengesetz führten, eine zentrale Rolle ein. Die Zeit war geprägt von homo- und transfeindlichen Einstellungen. Eine Veröffentlichung zum Thema ist in 2018 geplant.



5. Treffen des Diversity-Netzwerks auf Kommunal- und Landesebene

Am 30.11. und 01.12.2017 hat bereits zum fünften Mal ein Treffen des Diversity-Netzwerks auf Kommunal- und Landesebene stattgefunden. In dem vom Land Berlin und der Stadt Köln gegründeten Netzwerk - in Kooperation mit der Int. Gesellschaft für Diversity Management (idm e.V.) - nehmen Vertreter_innen aus Kommunal- und Landesverwaltungen teil, die für das Thema Diversity zuständig sind. In Köln wurden die Teilnehmer_innen von der Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes begrüßt, die die Bedeutung der Förderung von Vielfalt für die Stadt Köln betonte. Wie immer stand bei diesem Treffen des Netzwerks der kollegiale Austausch und das Lernen voneinander an erster Stelle. Thematischer Schwerpunkt war diesmal Diversity und Sprache. Hierzu gab eine Vertreterin der Neuen Deutschen Medienmacher einen Input. Danach wurde in Kleingruppen diskutiert, welche Erfolge und Stolpersteine es aktuell in Bezug auf das Thema Sprache in den einzelnen Städten und Ländern gibt. Am Beispiel der Diskussion um geschlechtergerechte Sprache wurde deutlich, wie unterschiedlich der Stand der Verwaltungen ist: So äußerte eine Teilnehmerin, dass in ihrer Verwaltung nach wie vor häufig nur die männliche Form verwendet wird, woraufhin eine andere Teilnehmerin berichtete, dass in ihrer Verwaltung gerade der Unterstrich (gender gap) eingeführt worden sei. Auch diesmal entstanden viele neue Ideen für weitere Diversity-Maßnahmen in den Verwaltungen. Das nächste Treffen findet im Juni 2018 in Berlin statt.

Fachgespräch Partizipation

Im Rahmen des Projekts „Berliner Netzwerke für Vielfalt“ lud die LADS, gemeinsam mit dem Verein *Eine Welt der Vielfalt* am 19.10.2017 zu einem Fachgespräch Partizipation ein. Zu Beginn gab es zwei Vorträge. Prof. Dr. Roland Roth beschäftigte sich mit einer der Gretchenfragen zum Thema Partizipation: Wie kann Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft langfristig gelingen? Danach referierte Tanja Gangarova die Potenziale und Grenzen communitybasierter Ansätze am Beispiel des Projekts „Partizipation und Kooperation in der HIV-Prävention mit Migrantinnen und Migranten“. Anschließend diskutierten Expert_innen für Bürgerbeteiligung aus den Senats- und Bezirksverwaltungen mit den Referent_innen über zukünftige Herausforderungen von Partizipationsprozessen. Demnächst veröffentlicht die LADS eine Broschüre zu dem Thema.

^[1] In Casablanca führte der Gynäkologe Georges Burou seit 1956 geschlechtsangleichende Operationen durch.
https://de.wikipedia.org/wiki/Georges_Burou 24.07.2017

Fair mieten – Fair wohnen: Rückblick auf den 1. Fachtag der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt



Die Fachstelle hat im Juli 2017 in gemeinsamer Trägerschaft des Stadtforschungs- und Beratungsbüros UrbanPlus und des Türkischen Bunds in Berlin-Brandenburg (TBB) ihre Arbeit aufgenommen. Zielsetzung ihres von Senator Behrendt eröffneten 1. Fachtags war der Auftakt eines interdisziplinären Dialogs zu Strategien gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und für eine Kultur fairen Vermietens. Dafür galt es, einer breiten und diversen Fachöffentlichkeit – mehr als 70 Teilnehmenden aus der Beratungspraxis, bezirklichen und Senatsverwaltungen sowie dem Wohnungswesen – zunächst das Konzept der Fachstelle für die Aufgabenbereiche Strategie und Vernetzung (UrbanPlus) und Beratung (TBB) zu vermitteln. Visionen für die aus Sicht der Fachstelle dringend notwendige bessere gesetzliche Grundlage für Antidiskriminierungsarbeit in Wohnungspolitik und Wohnungswesen bot der Vortrag von Anna Braunroth (Doktorandin der Ruhr-Universität Bochum/Referentin der ADS) zum US-amerikanischen Fair Housing Act.

Die Arbeit mit konkreten Beispielen, teils aus der aktuellen Beratungspraxis der Fachstelle, teils von anderen Beratungsstellen zur Verfügung gestellt, bestätigte den akuten Handlungsbedarf für unterschiedliche Betroffenengruppen im Kontext des angespannten Wohnungsmarkts als auch die zunehmenden Konkurrenzen dieser Gruppen um bezahlbaren Wohnraum. Insbesondere geflüchtete Menschen und Ehrenamtliche, die sich für sie einsetzen, sind einem hohen Diskriminierungsrisiko bis hin zu betrügerischen Geschäftspraktiken, ausgesetzt. Der Fachtag spiegelte die erfolgreiche Vernetzungsarbeit der Fachstelle, aber auch, wo diese 2018/2019 noch verstärkt werden muss. Bestätigt hat sich: „Fair mieten - Fair wohnen“ ist ein für Berlin sehr notwendiges Projekt! Die Dokumentation des Fachtags finden Sie auf der Internetseite der Fachstelle www.fairmieten-fairwohnen.de.

Diversity-Werkstatt

Ende September lud die LADS, gemeinsam mit dem Verein *Eine Welt der Vielfalt* zur 3. Diversity-Werkstatt ein. Gemeinsam mit Unternehmen und Verbänden tauschte sich die Berliner Verwaltung zu Fragen der Diversityumsetzung aus. Diesmal ging es um das Thema „Diversity Kompetenz“. Die Referentin Frau Anne-Gela Oppermann setzte Diversity-Kompetenz in das Verhältnis zu anderen Gleichstellungsstrategien und adäquate Kompetenzen, wie „Interkulturelle Kompetenz“ und „Gender-Kompetenz“. In einer anschließenden Arbeitsphase wurden Methoden und Fragen zur Operationalisierung von Diversity Kompetenz erarbeitet. Die nächste Diversity Werkstatt findet statt am 15.03.2018. Interessent_innen können sich gerne bei uns melden: diversity@senjustva.berlin.de.

LADS International

Jahrestreffen des internationalen Netzwerks der Rainbow Cities (RCN)

Das vom Land Berlin mitbegründete [Netzwerk der Rainbow Cities \(Regenbogenstädte\)](#) traf sich vom 09.-10. November 2017 zum Jahrestreffen in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Eingeladen hatte der Bürgermeister Ljubljanas, Zoran Janković. Zu den Schwerpunkten des diesjährigen Treffens gehörten der Erfahrungsaustausch zu homo- und transphoben Bewegungen in Europa, die Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Städtenetzwerk „Bürgermeister gegen Diskriminierung“ und dem Netzwerk der lateinamerikanischen Regenbogenstädte sowie die Weiterentwicklung des RCN Netzwerkes. Als weitere deutsche Stadt ist nun auch Nürnberg dem Rainbow Cities Netzwerk beigetreten.

Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)

Vom 16.10. bis zum 18.10.2017 fand in Nancy (Frankreich) die Generalversammlung der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) statt. Berlin ist als Mitglied der ECCAR in deren Lenkungsausschuss aktiv. Inzwischen haben sich der ECCAR fast 140 europäische Städte angeschlossen.

Diese Anzahl der Städte und ihre geografische Verteilung bringen vielfältige Perspektiven auf Rassismus und die Aufnahme von Geflüchteten mit sich. Die Städtetreffen der ECCAR ermöglichen einen intensiven Austausch über Herangehensweisen zur Bekämpfung von Rassismus ebenso wie einen Austausch über Beispiele guter Praxis. Auf dem Treffen in Nancy wurden Mitgliedstädte des Lenkungsausschusses gewählt sowie neue Mitglieder des Präsidiums. Zukünftige Themenschwerpunkte werden auf Rassismus im Sport, Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Städten, die unterschiedliche Situation von Geflüchteten in den Europäischen Regionen sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit EU Institutionen gerichtet. Die LADS wird ihren Arbeitsschwerpunkt in der Koalition auf das Thema Antiziganismus legen.

Für April 2018 wurde unter dem Titel "Culture, Sports, and Diversity : How to build Inclusive Societies ?" eine öffentliche ECCAR Konferenz geplant. Diese wird vom 26-28.04.2018 in Lüttich (Belgien) stattfinden.

Erstes LSBTI Projekt des internationalen Netzwerks der großen Metropolen



Vom 12. bis 15.12.2017 fand in Montevideo und Buenos Aires das erste Treffen des internationalen Projektes "Intersektionalität in LSBTI Politiken von Metropolen" statt. Zu den Zielen dieses gemeinsamen Projektes der Metropolen Montevideo (Uruguay), Medellin (Kolumbien), Mexiko, Berlin, Barcelona und Buenos Aires gehören neben dem Erfahrungsaustausch auch die Entwicklung eines Instrumentes, um die intersektionale

Perspektive in die staatlichen LSBTI-Politiken stärker einzubeziehen. [Der Schwerpunkt des ersten Treffens](#) lag auf LSBTI im Kontext von Migration und Flucht. Das Projekt hat eine Dauer von 2 Jahren und ist das erste Projekt mit dem Schwerpunkt LSBTI, das vom [weltweiten Städtenetzwerk Metropolis](#) gefördert wird.

LADS Publikationen: LSBTI-Geschichte entdecken!

Die LADS hat einen Leitfaden für Archive und Bibliotheken zur Geschichte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen veröffentlicht. Er gibt interessante Einblicke in Materialien zur LSBTI-Geschichte vom Ende des 19. Jahrhunderts bis Anfang der 1970er Jahre. Die Broschüre soll dazu beitragen, Archivgut, Schriftstücke und andere Dokumente zur LSBTI-Geschichte zu identifizieren, sodass sie für die zukünftige Forschung genutzt werden können. Zur [Pressemitteilung vom 6.11.2017](#). Kostenfreie Bestellung der 64-seitigen Broschüre bei Broschueren.LADS@senjustva.berlin.de Tel. 030 9028 1866. Online: [LSBTI-Geschichte entdecken! Leitfaden](#). Anlage: [Auswahlbibliografie](#)

Bildnachweise:

S. 2: Graphik: RIAS c/o VDK e.V | S. 3: Marina Chernivsky | S. 4: 123COMICS und dankegrafik:
S. 5: @arno | S.6: Comunicación Desarrollo Social - Intendencia de Montevideo

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung
Dienstgebäude: Oranienstr. 106, 10969 Berlin, Tel. 90 28 18 66 www.berlin.de/lads